

Platz abbeck

Nr. 5, 7. August 2009

DIE LINKE.KÖLN

DIE LINKE. Köln Fraktion im Rat der Stadt Köln

V.i.S.d.P. DIE LINKE. Köln, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

**Sonderausgabe:
Rechenschaftsbericht der
Ratsmitglieder 2004 - 2009**

Ob de Jeld hast oder nit –

Erstausstattung für I-Dötz- chen mit Köln-Pass kostenlos

Ab dem kommenden Schuljahr 2009/10 bekommen I-Dötzchen ihre Schul-Erstausstattung im Wert von 160 Euro von der Stadt bezahlt, wenn ihre Eltern einen Köln-Pass haben.

DIE LINKE hatte das bereits im Februar in einem Antrag gefordert. Damals wollten SPD und Grüne das aber noch nicht mittragen. Im Juni schließlich konnte dank der Überzeugungskraft der LINKEN ein gemeinsamer Antrag verabschiedet werden. Wohlfahrtsverbände, Erwerbsloseninitiativen und GEW machen seit langem auf das Problem aufmerksam, dass in den Hartz IV-Regelsätzen lediglich 1,79 Euro für Schulmaterial enthalten ist. Seit diesem Jahr bekommen diese Kinder vom Bund zwar einen Zuschuss von 100 Euro pro Schuljahr. Doch 8,34 Euro im Monat reichen noch nicht mal für das verbilligte Mittagessen von einem Euro pro Tag, das auch jetzt schon viele Eltern mit Köln-Pass nicht mehr bezahlen können.

Wenn Mäppchen, Ranzen und Turnzeug gekauft werden müssen, ist das für viele Erwerbslose und Geringverdiener ein unlösbares Problem. Gerade diese Anschaffungen aber begleiten das Kind mehrere Jahre. Sie müssen also nicht nur sicher und gesund sein. Man soll Kindern auch nicht schon am Schulranzen ansehen können, dass sie arm sind. Das gehört in Köln nun bald der Vergangenheit an.

Bis sich etwas an den Regelsätzen ändert, muss die Stadt einspringen. Denn Kinder sollen auch bei der Einschulung merken, dass sie in unserer Stadt willkommen sind und respektiert werden.

Özlem Demirel

Jetzt: Köln-Pass noch besser

Seit seiner Einführung mit Beginn des Jahres 2007 ist der Köln-Pass ein Renner. Zum Stichtag 30.11.2008 waren 93.258 Köln-Pässe gültig. Und die brandneue Erweiterung des Benutzerkreises wird die Zahl noch weiter in die Höhe treiben. Die Fraktion DIE LINKE. Köln ist an dieser Entwicklung maßgeblich beteiligt.

Zum ersten Mal wurde der Köln-Pass über den Kölner Rat 1985 eingeführt. Er galt für Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose und Personen mit einem Einkommen bis zu 30 % über dem Bedarfsatz der Hilfe zum Lebensunterhalt. Im Jahr 2000 wurde der Köln-Pass allerdings gegen einen breiten Widerstand von der Koalition von CDU und FDP abgeschafft. Die damalige PDS-Gruppe ließ aber nicht locker und forderte immer wieder ein Mobilitätsticket. 2005 wurde es unter der Koalition von CDU und SPD endlich eingeführt – allerdings nur für die alten Sozialhilfeempfänger. Die meisten Arbeitslosen gingen leer aus.

Der Bruch der großen Koalition und die neue Konstellation wechselnder Mehrheiten im Rat ermöglichten nun einen neuen und Erfolg versprechenden Anlauf für die Wiedereinführung. Deshalb bildete sich 2005 ein Bündnis, zu dem u. a. die damalige PDS, das Kölner Arbeitslosenzentrum, Erwerbsloseninitiativen und der Kölner Flüchtlingsrat gehörten. Gemeinsam stellten wir einen Bürgerantrag im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden. Der Antrag wurde vom Ausschuss an den Rat verwiesen und traf dort auf

den nun auch von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gestellten Antrag zur Wiedereinführung des Köln-Passes. Die Verhandlungen zwischen der Fraktion DIE LINKE. Köln und der Kooperation von SPD und den Grünen führte dazu, dass sowohl Asylsuchende als auch Personen, deren laufendes monatliches Einkommen maximal 10 % über den Bedarfsätzen liegt, berücksichtigt wurden. Die Wiedereinführung des Köln-Passes wurde von Rot-Rot-Grün zum Jahr 2007 beschlossen. Zahlreiche Einrichtungen und Ämter gewähren den Berechtigten seitdem Ermäßigungen, darunter vor allem die KVB bei den Monatskarten und 4er Tickets.

Zur Ratssitzung am 30.06.2009 schließlich gab es auf Anregung der Fraktion DIE LINKE. Köln einen gemeinsamen Antrag mit den Fraktionen der SPD und den Grünen zur „Ausweitung des Köln-Passes“. Der Berechtigtenkreis wurde auf Personen mit einem Einkommen bis zu 130 % des Transfersatzes erweitert. Außerdem erhalten alle Erstklässler auf Antrag und gegen Nachweis ab dem Schuljahr 2009/2010 einen einmaligen Zuschuss von 160 Euro für die Anschaffung von Schulmaterialien.

Michael Kellner

**2000 schafften CDU+FDP
den Köln-Pass ab ... seit
2007 gibt's ihn wieder –
2009 mit mehr Leistungen!**

www.die-linke-koeln.de

DIE LINKE.KÖLN
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

Internetadresse: +++ www.linksfraktion-koeln.de +++ www.linksfraktion-koeln.de

Wechselnde Mehrheiten im Rat der Stadt Köln und die Politik der LINKEN von 2004 bis 2009

Einleitung

Nach der Kommunalwahl am 30. August 2009 werden neue Mehrheitsverhältnisse im Kölner Stadtrat entstehen. Wie genau, darüber spekulieren nicht nur die Medien und die bürgerlichen Parteien, sondern natürlich auch die Wählerinnen und Wähler der LINKEN und der gesamte Kölner Kreisverband.

Wichtiger als die Frage, wer Oberbürgermeister der Stadt Köln wird, ist für viele sozial- und emanzipatorisch engagierte Menschen in Köln die Frage, wie die Mehrheitsverhältnisse im Rat sein werden. Mit wie vielen Ratsmitgliedern wird DIE LINKE diesmal vertreten sein?

Nutzt der Wahlkampf den fortschrittlichen, außerparlamentarischen Kräften, um ihre Anliegen in den Vordergrund zu rücken? Kann DIE LINKE gestärkt in den Rat einziehen und mit mehr Ratsvertretern mehr bewegen? Wird das bürgerliche Lager unter Druck kommen und so dazu bewegt werden, Zugeständnisse an DIE LINKE und die sozialen Bewegungen zu machen? Kurz gesagt, werden die antikapitalistischen Kräfte gestärkt und die reaktionären und neoliberalen Kräfte geschwächt?

Die Herrschenden in dieser Stadt, auch ihr konservativ-liberales Lager, hatten schon lange vor dem Rücktritt von Oberbürgermeister Schramma Signale ausgesendet: Wer den Kölner Stadt-Anzeiger zwischen den Zeilen gelesen hat, konnte zu dem Eindruck kommen, sie favorisieren eine Koalition von SPD, Grüne und FDP mit einem neuen Oberbürgermeister.

In vier Wochen wissen wir mehr. DIE LINKE sollte jetzt in Köln deutlich machen, dass sie mit wechselnden Mehrheiten entscheidend dazu beigetragen hat, dass der Stadtrat wichtige soziale Entscheidungen trifft. Ohne DIE LINKE wäre diese Politik nicht möglich gewesen.

Das bestätigt sogar die CDU, die von „rot-rot-grünen Machtverhältnissen“ spricht (1), oder die FDP, die erklärt „Köln tut viel, um Arbeitslosen und Hartz IV-Empfängern das Leben erträglicher zu machen. Der Oberbürgermeister (CDU) und eine Ratsmehrheit aus SPD, Grüne und Die Linke tun aber viel zu wenig, um Menschen wieder in Arbeit zu bringen.“ (2)

Die Unterstellung der FDP, DIE LINKE wäre zwar sozial, würde aber keine Arbeit schaffen, ist an den Haaren herbeigezogen.



2005 bildete sich die gemeinsame Fraktion DIE LINKE.Köln aus Mitgliedern der alten PDS, WASG und Gemeinsam gegen Sozialraub GgS und konnten zahlreiche Ausschüsse besetzen. Bild 2006 im Rathaus.

DIE LINKE im Rat war die einzige Partei, die 1-Euro-Jobs abgelehnt hat und stattdessen für die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen eingetreten ist.

Positive Beschlüsse mit wechselnden Mehrheiten

Wechselnde Mehrheiten waren und sind für DIE LINKE kein Selbstzweck, sondern eine Möglichkeit, soziale und emanzipatorische Forderungen überhaupt durchzusetzen. Drei von vier Ratsmitgliedern der Fraktion (Ratsmitglied Claus Ludwig war anfänglich Einzelmandatsträger und dann für Gemeinsam gegen Sozialraub/GgS Mitglied der Fraktion) haben drei sozialdemokratische Beigeordnete mitgewählt. In einem Bericht „Kölsche Volksfront? – Erfolgreiche Initiativen der Fraktion Die Linke. Köln im vergangenen Jahr unter wechselnden Mehrheiten“ schreiben im November 2006 Özlem Demirel, Jörg Detjen und Michael Kellner:

„Die Wahl aller drei Beigeordneten stellt insgesamt keine Verschlechterung des Status Quo dar, sondern eher eine Verbesserung. Sie veränderte die Fixierung der Verwaltung zu Ungunsten der CDU.“

Außerdem trugen die wechselnden Mehrheiten bei der Wahl der Beigeordne-

ten dazu bei, dass folgende Forderungen im Rat durchgesetzt werden konnten:

→ Einrichtung einer ausländischerrechtlichen Beratungsstelle (von uns angeregt)

→ Lernmittelfreiheit für ALG II-Empfänger und Asylbewerber

→ Köln-Pass: Anwendung auch für Arme bei 10 % über den Regelsatz

→ Denkmal für die Opfer der NS-Militärjustiz“ (3)

Dazu kamen in den folgenden Jahren:

→ 2005: Beitritt der Stadt Köln zur Internationalen Städte-Koalition gegen Rassismus

→ 2005: Vereinfachung der GEZ-Gebühren für ALG II-Bezieher (in den Sozialausschuss verschoben, aber letztlich beschlossen)

→ 2006: 100 Ausbildungsplätze bei der Stadt Köln und eine feste Ausbildungsquote von 6 %

→ 2006: Info- und Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus

→ 2006: Erstellung einer Dokumentation des Zwangsarbeiter-Besuchsprogrammes in Köln

→ 2006: Eine Stelle im Museumsdienst für die Ermittlung von Raubkunst aus der Zeit des Nationalsozialismus

→ 2007: Rücknahme der Schließungen der Hallenbäder in Nippes, Weiden und Rodenkirchen bis 2011, Einrichtung von Beiräten für Schwimmbäder und Sanierungskosten des Nippesbades von ca. 150.000 Euro

→ 2007: Einrichtung eines Ausbildungsbüros Schule – Beruf

→ 2007: Unser Zusatzantrag zu SPD/Grüne: Bereitstellung von ausreichenden Plätzen im Gemeinsamen Unterricht an weiterführenden Schulen

→ 2007: Rücknahme des Abbaus von zwei ganzen Stellen bei den Schulbibliotheken

→ 2007: Einführung eines Sozialtarifs für Strom und Gas (Ratsbeschluss, nicht umgesetzt)

→ 2007: Überprüfung des Baues der Messehallen durch den Rechnungsprüfungsausschuss

→ 2008: Managergehälter offenlegen und begrenzen

→ 2008: Ausbau und Erweiterung des Naturfreundehauses in Kalk für neue Formen der Kinder- und Jugendarbeit (Volumen von ca. 170.000 Euro)

-> 2008: Verwaltungsvorlagen müssen Alternativen aufzeigen und begründen
-> 2009: Stopp der Planungen der Ost-West-Stadtbahn
-> 2009: Erstausstattung für Schulanfänger von 160 Euro für Eltern mit Köln-Pass
-> 2009: Ausweitung des Köln-Passes auf Anspruchsberechtigte von 110 auf 130 % des Regelsatzes von Hartz IV

Im März 2008 berichten Özlem Demirel, Jörg Detjen und Michael Kellner erneut über die wechselnden Mehrheiten und über deren Außenwahrnehmung:

Die Bildzeitung schrieb am 7. März unter der Überschrift „Wie viel Ypsilanti steckt in Köln?“. „Schon jetzt nutzt das rot-grüne ‚Kernbündnis‘ die Linkspartei so oft als Mehrheitsbeschaffer im Kölner Rathaus, dass man getrost von Rot-Rot-Grün reden kann. Wie gefährlich diese Strategie für die SPD ist, hat sich am vergangenen Dienstag im Rat gezeigt: Da ging die Initiative zu dem Beschluss, Manager städtischer Unternehmen müssten künftig ihre Gehälter offen legen, eindeutig von den LINKEN aus. Wer mit den LINKEN zusammen arbeitet, macht sie hoffähig. Und wenn sie so clever und sachkundig sind wie in Köln, wird es ihnen am Ende mehr nutzen als der SPD.“ (4)

Wechselnde Mehrheiten der LINKEN mit SPD und Grüne gab es vor allem in sozialen Forderungen. Das kann man an der oben aufgeführten Liste von umgesetzten Forderungen deutlich erkennen.

Unüberbrückbare Differenzen

Dagegen gibt es bei vielen Themen unüberbrückbare Differenzen. In der Frage von 1-Euro-Jobs blieben und bleiben SPD und Grüne eiskalt. Unser Kompromissvorschlag, statt 1-Euro-Jobs sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen, wurde abgelehnt.

Bei der Aufklärung der Millionen-Verluste beim Bau der Kölner Messehallen konnte DIE LINKE zwar das Einschalten des Rechnungsprüfungsamtes durchsetzen. Das führte auch zu neuen Erkenntnissen über die schlechte Arbeit des Oberbürgermeisters und des Stadtkämmerers Soénius, klärte aber den Fall letztlich nicht auf. Die entscheidende Forderung nach einem Wertgutachten lehnten SPD und Grüne ab.

Erhebliche Differenzen gab es auch bei der Beurteilung der Arbeit der Sparkasse. DIE LINKE lehnte den Kredit für die Erhöhung der Eigenkapitaleinlage strikt ab, weil bis heute die Geschäfte und Machenschaften des Vorstands der Sparkasse KölnBonn intransparent sind.

Der völlig unsystematische Ankauf von Energieunternehmen durch die RheinEnergie fand nur Kritik bei der LINKEN. Die RheinEnergie will ein Global Player werden und verliert immer mehr den Charakter eines regionalen Energieunternehmens. Nicht ohne Grund setzte sich Prof. Biet-

mann genau in diesem Aufsichtsrat fest. DIE LINKE will kommunale Unternehmen stärken, aber die Unternehmen müssen noch mit kommunalen Strukturen zu führen sein.

Über die Ursachen und Hintergründe des Einsturzes des Stadtarchivs, bei dem zwei junge Menschen zu Tode kamen und Jahrhunderte alte Kulturgüter vernichtet wurden, wird bis heute noch viel diskutiert. Die LINKE sieht in der großen Verwaltungsstrukturreform von 2000 einen Hauptgrund. Die U-Bahntrassen in Ehrenfeld, Kalk und Mülheim wurden von der Stadt gebaut, geleitet durch ein eigenes Tiefbaudezernat. Das gibt es nicht mehr. Zwischenzeitlich sah es so aus, als ob die 3. Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn wieder von der Stadt gebaut würde, und hoheitliche Aufgaben nicht weiter ausgegliedert werden sollten. Die bürgerlichen Parteien haben diese Fragen offen gelassen. Zu befürchten ist, dass nach der Kommunalwahl die alte Politik fortgesetzt wird.

Gerade in den letzten Jahren wird immer deutlicher, dass sich die kommunalen Unternehmen verselbstständigen und der Einfluss des Rates nur noch sehr gering ist. So war die Umsetzung des Ratsbeschlusses für einen „Sozialtarif Strom“ nicht möglich, weil der Vorstand des Unternehmens dies rundweg ablehnte.

Oder: Der Austritt der Sozialbetriebe Köln (SBK) aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband war eine einsame Entscheidung des Geschäftsführers. Der Aufsichtsrat und der Rat hatten nicht das Rückgrat, diesen Mann zurück zu pfeifen. Zumindest die Grünen geben offen zu, dass sie einen abgesenkten Haustarif favorisieren. Zwei Anträge der LINKEN, den Austritt aus dem Arbeitgeberverband zurückzunehmen, wurden vom Rat abgelehnt.

Weitere Differenzen gegenüber den bürgerlichen Parteien und der Stadtverwaltung wurden in der letzten Ratssitzung vor der Kommunalwahl deutlich. DIE LINKE hatte beantragt, das Bankhaus Sal. Oppenheim beim Wort zu nehmen und die Mietkosten für das Messegeschäft auf 700 Mio. Euro zu begrenzen. Das hatte immerhin der Geschäftsführer des Bankhauses, Graf Krockow, in einer eidesstattlichen Erklärung gegenüber dem Schriftsteller Werner Rügemer getan.

Alle bürgerlichen Parteien lehnten diesen Antrag ab, genauso wie die Forderung der LINKEN, das Bankhaus an den entstandenen Verlusten der Sparkasse beim Bau der RTL-Hallen durch eine Schadensausgleichszahlung bzw. Beteiligung an den Schulden der Sparkasse durch eine stille Einlage bzw. den Erwerb von Genussrechten zu beteiligen. „Man würde ja ständig verhandeln ...“, war die lapidare Antwort der Parteien. Auf die Bemerkung in der Rede der LINKEN: „Sie (OB Schramma) treffen die Oppenheim Leute doch öfter“ gab Schramma einer Erklärung ab: „... ich möchte hier nur zu Protokoll geben, dass

Ihre Aussage, ich träfe mich mit den Oppenheim-Leuten, höchstens eine politische, aber keine wahre Aussage ist – damit das einmal deutlich ist.“ (5)

Um so schlimmer, wenn der erste Bürger der Stadt nicht seinen Bankern ins Gewissen redet.

Schlussbemerkung

Die wechselnden Mehrheiten haben in gewisser Weise auch Oberbürgermeister Fritz Schramma zu Fall gebracht. Und zwar in zweierlei Hinsicht: Er hätte selber als Chef der Verwaltung eine solche Politik betreiben müssen. Er hätte die Themen setzen und sich die Mehrheiten dazu organisieren müssen. Das hat er nicht getan – ein kapitaler Fehler. Durch die Wahl der drei sozialdemokratischen Beigeordneten kam Oberbürgermeister Schramma in seinem Stadtvorstand sogar in die Minderheit. In dem Moment, als die große Krise mit dem Einsturz des Stadtarchivs eintrat, verlor Schramma die Nerven und konnte nicht mehr unterscheiden, für was er eigentlich „verantwortlich“ war, als Person und als Oberbürgermeister.

Özlem Demirel, Jörg Detjen,
Michael Kellner, Claus Ludwig
Mitglieder im Rat der Stadt Köln,
Fraktion DIE LINKE. Köln

Quellen:

- (1) Wahlprogramm der Kölner CDU, 11 Punkte für Köln, Seite 3.
- (2) Wahlprogramm der Kölner FDP, „Köln kann mehr. Köln entwickeln, bewegen und beleben“, Seite 1.
- (3) Kölsche Volksfront? – Erfolgreiche Initiativen der Fraktion DIE LINKE. Köln im vergangenen Jahr unter wechselnden Mehrheiten, November 2006.
- (4) Bericht der Mitglieder der Ratsfraktion – Özlem Demirel, Jörg Detjen und Michael Kellner - über ihre Arbeit von Ende 2006 bis Anfang 2008. März 2008.
- (5) 51. Sitzung des Rates der Stadt Köln vom 30. Juni 2009, Ratsprotokoll, Seite 33.



Am 1.1.2008 verstarb Oskar Nolze im Alter von 99 Jahren. Er war das älteste noch lebende Mitglied des ersten Kölner Rates nach dem 2. Weltkrieg. Vom 13. Oktober 1946 bis zum 9. November 1952 gehörte er als Stadtverordneter der KPD dem Kölner Rat an. Die Kölner Ratsfraktion verliert mit Oskar Nolze einen aufrechten und stets menschlichen Genossen, einen klugen Berater und einen lieben Freund.
Bild: Am12. Februar 2004 trug sich Oskar Nolze ins Goldene Buch der Stadt Köln ein.

Kampf gegen Rechtsextremismus – Ein Schwerpunkt der Fraktion

Bereits in der Legislaturperiode bis 2005 hatte die PDS-Gruppe ein Konzept gegen Rechtsextremismus vorgelegt und die Beteiligung der städtischen Betriebe am Entschädigungsfond der Zwangsarbeiter immer wieder im Rat thematisiert.

Durch den Einzug von „pro Köln“ mit 4,7 % und eines „Republikaners“ mit 1,1 %, der der Fraktion von „pro Köln“ beitrug, war und ist das Ziel, diese 5,8 %-Partei zu verhindern. Die Fraktionsmitglieder der LINKEN engagierten sich im Bündnis „Köln stellt sich quer“, das im Wahlkampf mit einem Flyer aktiv geworden ist: „pro Köln abwählen!“

Die Idee der Infostelle gegen Rechtsextremismus war über die gute und jahrelange Zusammenarbeit mit dem Jugendclub Courage und der VVN/BdA im Jahre 2005 entstanden. Die Verbindung mit der Arbeit des NS-Dokumentationszentrums bringt das Projekt in einen festen Bezug von Aufarbeitung der Geschichte und aktuellen Schlussfolgerungen daraus. Durch ein klares Konzept, das DIE LINKE vorgeschlagen hat, und durch die wechselnden Mehrheiten war es dann möglich, auch SPD und Grüne für das Projekt und einen gemeinsamen Ratsantrag zu gewinnen.

Leider nutzen CDU und FDP die Debatte im Rat nicht zu einem kraftvollen gemeinsamen Auftritt aller demokratischen Parteien im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Sie forderten, die Bekämpfung des Linksextremismus in die Infostelle gegen Rechtsextremismus einzubeziehen. Ihr Antrag wurde abgelehnt.

Nachdem die Infostelle jetzt seit über einem Jahr tätig ist, sind die Ergebnisse beachtlich. So organisierte die Infostelle zahlreiche Präventionsveranstaltungen gegen Rechtsextremismus an den Schulen und leistete gute Aufklärungsarbeit über die Umtriebe der Neonazi-Szene in Köln. Im Rahmen der Aktivitäten gegen die Anti-Islamveranstaltung von „pro Köln“ führte sie einen Kongress durch. Die Ergebnisse wurden in einer Broschüre veröffentlicht. Inzwischen wird die Arbeit der ibs, so lautet die Abkürzung, bundesweit anerkannt. Andere Städte orientieren sich an dem Kölner Modell.

Sehr frühzeitig hat die Fraktion im Rat den geplanten europaweiten Antisialisierungskongress von „pro Köln“ thematisiert. Sie trug mit einer Anfrage maßgeblich dazu bei, dass bekannt wurde, dass „pro Köln“ anfänglich sogar einen Holocaustleugner zu Wort kommen lassen wollte. Davon will „pro Köln“ heute nichts mehr wissen. Die Fraktion leistete einen wichtigen Beitrag zum Zustandekommen eines breiten Bündnisses dagegen, das schließlich 40.000 Menschen mobilisieren konnte. Aufklärungsarbeit und Demonstration des

Bündnisses „Köln stellt sich quer“ und die Blockaden des Bündnisses gegen „pro Köln“ wirkten ineinander. Das führte zu dem großen Erfolg, dass sich vielfältige gesellschaftliche Kräfte, so z.B. auch die Firma Ford, dem Protest anschlossen.

Auf der Abschlusskundgebung am Gürzenich sprach auch ein Vertreter der LINKEN. Die Veranstaltung von „pro Köln“ wurde letztlich von der Polizei verboten.

Im Mai versuchte „pro Köln“ den Spuk zu wiederholen. Mit einem Häufchen von 200 Leuten standen sie auf dem Barmer Platz. Die antifaschistischen Kräfte kamen zwar nur mit wenigen Personen auf den Platz. Trotzdem hat sich die Aktionsform „Abpfeifen“ als erfolgreich erwiesen.

Das Besondere an der antifaschistischen Arbeit in Köln ist: Gemeinsam wird immer wieder demonstriert und gekämpft, mit bunten, lebendigen, mutigen und friedlichen Aktionen.

Köln stellt sich quer! Ein Motto, von Linken kreiert, passt einfach zur Stadt.

Jörg Detjen

Die Schatten der Vergangenheit – Umgang mit den Auswirkungen des Faschismus

Die Zeit des Faschismus ist keine ferne Vergangenheit, die uns nur noch in der Schule und im Museum begegnet. Zeitgenossen, Täter wie Opfer, sind noch lebendig und verdienen unsere Aufmerksamkeit. Geraubtes Eigentum seinen rechtmäßigen Besitzern zurückzugeben, ist eine Frage der Gerechtigkeit.

Im großen Stil raubten nationalsozialistische Funktionäre Kunst. Davon ist nur ein Teil zurückgegeben. Das liegt neben fehlendem Willen auch daran, dass geraubte Stücke in Museumsdepots verschollen sind. Um diesen Missstand zu beenden, beantragte DIE LINKE erfolgreich eine zusätzliche Stelle für die Verwaltung, um sog. „Raubkunst“ in städtischen Museen aufzufinden und sie an die Ursprungsbesitzer, oft Museen besetzter Länder, zu übergeben.

Das Besuchsprogramm für ZwangsarbeiterInnen, das die Stadt Köln jährlich durchführt, ist auf Initiative engagierter Kölnerinnen und Kölnern entstanden. Die

Fraktion hat sich hier nicht nur für die Fortführung der Finanzierung stark gemacht. Auf unseren Antrag hin erschien zum 25. Besuch ein fotografisches Lesebuch, in dem den Geschichten, Namen, Erzählungen und Nummern der ehemaligen Zwangsarbeiter ein Gesicht gegeben wurde, um diese zu würdigen.

Die Gruppe der Wehrmachtsdeserteure wartet bis heute auf ihre Rehabilitation. Aus der Wehrmacht zu entfliehen war ein Akt des Widerstandes, der oft in Todesurtei-



len mündete. Um diese couragierten und menschlich gebliebenen Zwangssoldaten zu ehren, regte DIE LINKE ein Denkmal für Deserteure an. Ihr Antrag wurde angenommen, der Stadtrat stellte 50.000 Euro zur Verfügung. In einer weiteren Ratsentscheidung wurden die Mittel erhöht, um einen qualifizierten Wettbewerb durchzuführen. Eine Initiativgruppe hat das Projekt dann maßgeblich vorangetrieben. Am 1. September 2009 wird das Denkmal am Appellhofplatz eingeweiht.

Jörg Detjen

Gegen Rassismus, Gleiche Rechte für Alle!

Köln wirbt damit, eine tolerante und weltoffene Stadt zu sein. Viele Menschen mit Migrationshintergrund wissen, dass das nicht immer so ist. Auch in Köln gibt es Diskriminierung, Ablehnung und Rassismus. DIE LINKE möchte, dass die Stadt aktiv dagegen handelt. Deshalb beantragte die Fraktion 2005, dass Köln der Städte-Koalition gegen Rassismus beiträgt. Das bekam eine Mehrheit und wurde getan. Nun muss Köln einen 10-Punkte-Aktionsplan umsetzen, zu dem u. a. die Erstellung des Integrationskonzeptes gehört, an dem gerade nach einer breiten Öffentlichkeitsbeteiligung gearbeitet wird.

Ein wichtiger Baustein für ein gelungenes Zusammenleben ist das kommunale Wahrecht für MigrantInnen einzuführen,

die nicht aus der EU kommen. Dazu hatte die Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte (LAGA) eine Kampagne initiiert, die auch die Fraktion unterstützte.

2005 wurde eine Ausländerrechtliche Beratungskommission im Rat beschlossen. Damit wurde eine wichtige Forderung aus unserem Wahlprogramm von 2004 erfüllt. Diese Härtefallkommission kann von Menschen, die von Abschiebung bedroht sind, eingeschaltet werden. Wenn das geschieht, prüft sie den Einzelfall und gibt der Ausländerbehörde eine Empfehlung. Während der Beratungszeit der Kommission soll der Betreffende nicht abgeschoben werden.

Eine wichtige Sache war die Umsetzung der Bleiberechtsregelung für Geduldete. Die Innenministerkonferenz hatte beschlossen, geduldeten Menschen ein Bleiberecht zu geben, wenn sie seit mehreren Jahren dauerhaft in Deutschland leben und ihren Lebensunterhalt selbst verdienen. Einerseits kritisierte DIE LINKE immer wieder die engherzige Regelung, die Menschen nach Nützlichkeit sortiert und der humanitäre Aspekte egal sind. Schließlich sollten in erster Linie Menschen bleiben, die kein Geld kosteten. Andererseits versuchte die Fraktion erfolgreich, für Köln eine großzügige Regelung im Sinne der Betroffenen zu erreichen.

Eine Ratsresolution wurde verabschiedet, die Druck auf die Innenminister ausüben sollte, mehr Ausnahmen zuzulassen. Darin war vorgesehen, dass die Menschen zwei Jahre Zeit haben sollten, eine Arbeit aufzunehmen. Außerdem sollen Ausnahmeregelungen für psychisch kranke und traumatisierte Menschen sowie unbegleitete minderjährige Flüchtlinge geschaffen werden.

DIE LINKE wollte mehr: Eine Verkürzung der Mindestaufenthaltsdauer auf 5 Jahre ebenso wie eine wirklich einzelfallorientierte Regelung für Altfälle. Dafür sollte die gesetzliche Regelung ohne Stichtag versehen sein. Damit wäre die Praxis der sog. Kettenduldungen weiter eingeschränkt worden. Leider konnte sich die Fraktion diesmal nicht durchsetzen.

Erfolgreich war aber ihre Intervention im Ausschuss für Verwaltung und Allgemeine Rechtsfragen. Durch hartnäckiges Nachfragen erfuhr die Fraktion, dass die Kölner Ausländerbehörde die Bleiberechtsregelung sehr scharf auslegte. Allgemeine Sprachkenntnisse sollten die Menschen nachweisen, die eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung haben wollten. Üblicherweise reichte dazu, dass der Antragsteller sich den Behörden verständlich macht und

ein einfaches Gespräch ohne Dolmetscher führen konnte. Die Kölner Ausländerbehörde dagegen wollte einen Sprachtest durchführen.

Die Kölner Stadtverwaltung wollte außerdem eine Integrationsvereinbarung mit jedem Betroffenen abschließen, obwohl der Erlass für Nordrhein-Westfalen das gar nicht vorsah. Diese Integrationsvereinbarung hätte z. B. bedeutet, dass ein dauerhaftes Bleiberecht verweigert werden konnte, wenn das Kind des Antragstellers zwei Mal unentschuldig

Städtepartnerschaftsarbeit in Köln – es tut sich was

Köln hat 23 Städtepartnerschaften und 6 Partnerschaften auf Bezirksebenen. Keine Stadt in Deutschland hat so viele Partnerstädte und gleichzeitig eine Partnerschaft mit Bethlehem und mit Tel Aviv. 22 Städtepartnerschaftsvereine tragen die Arbeit. Zum Aspekt der Völkerverständigung sind inzwischen weitere Themen hinzugekommen. Neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit bieten Netzwerke oder gemeinsame Projekte, auch auf Zeit. An der Entwicklung des neuen Konzeptes, das noch vor dem Sommerurlaub im Rat beschlossen wurde, hat sich in der „Kleinen Kommission“ auch das Mitglied der Fraktion, Michael Kellner, beteiligt.



Kindergarten fehlte. Auch diese Schikane wurde zurückgezogen – nach der Intervention der LINKEN.

Die deutlich höhere Arbeitslosigkeit von Menschen mit Migrationshintergrund muss schnell beendet werden. Hier muss die Stadt als Arbeitgeber eine Vorreiterrolle einnehmen. Das fängt schon bei der Ausbildung an. Im April 2006 konnte DIE LINKE erfolgreich durchsetzen, dass die Stadt Köln eine Ausbildungsquote einführt und sofort 100 neue Ausbildungsplätze schafft. Im Antrag stand ausdrücklich: „Bei der Anstellung von Auszubildenden sollen junge Menschen mit Migrationshintergrund besonders erfasst und gefördert werden.“ Das ist sehr wichtig für Köln, denn die Stadtverwaltung sollte immer die Zusammensetzung der Stadtgesellschaft widerspiegeln. Nur wenn alle Gruppen auch tatsächlich repräsentiert sind, identifizieren sich alle Kölnerinnen und Kölner mit „ihrer“ Stadtverwaltung.

Inzwischen wirbt Köln gezielt um junge Menschen mit Migrationshintergrund. Seit

2005 hat sich ihr Prozentsatz bei den Auszubildenden mehr als verzehnfacht. So waren im letzten Jahr mehr als ein Viertel der neu eingestellten Azubis Migranten. 2008 wurde auch erstmals ein Projekt durchgeführt, um gezielt Migranten auf eine Ausbildung bei der Stadt Köln vorzubereiten.

In der letzten Legislaturperiode hat DIE LINKE wichtige Siege im Kampf um die Gleichstellung von Migranten und Migrantinnen erreicht. Gleichzeitig liegt noch ein langer Weg vor uns. Es gibt noch viel zu tun. Die Stadtverwaltung muss sich weiter interkulturell öffnen, politische Mitwirkung muss erkämpft werden, in den Bereichen Bildung, Ausbildung und Arbeit müssen wir alle gemeinsam für Chancengerechtigkeit und Zukunftsperspektiven kämpfen, der Umgang mit Flüchtlingen muss humaner werden.

Auch die neue Fraktion der LINKEN wird sich dafür einsetzen, um das gleichberechtigte Zusammenleben in Köln und in den Veedeln zu ermöglichen.

Özlem Demirel



Köln braucht viele gute und gleichzeitig preiswerte Wohnungen

Die Fraktion hat sich sehr intensiv um den geförderten Wohnungsbau gekümmert. DIE LINKE hat zusammen mit SPD und Bündnis 90/Die Grünen beschlossen, jährlich 1.000 geförderte Wohnungen zu bauen. Mit unserer Forderung, 2000 Wohnungen zu bauen, konnten wir uns nicht durchsetzen, obwohl auch der Vorsitzende des Mietervereins Franz Corneth dieser Ansicht ist, wie auf der letzten Sitzung des Wohnungsbauforschungsausschusses im Juni 2009 deutlich wurde.

CDU und FDP, Teile der Verwaltung und die private Wohnungswirtschaft boykottieren seit Jahren den geförderten Wohnungsbau. Die privaten Investoren sagen ganz offen, die Gewinnmarge ist zu gering. Die Landesregierung hat auch nur warme Worte zu vergeben, aber immerhin muss sie die Dramatik der Situation eingestehen: „Künftig (werden) immer mehr Haushalte auf preiswerten und barrierefreien Wohnraum angewiesen sein“. Passieren tut auf Landesebene nichts. Es ist schon grotesk, wenn die Landesregierung im neuen Wohnraumförderprogramm 2008 „Kommunale Handlungskonzepte“ einfordert und gleichzeitig die Kölner CDU und FDP das vorliegende Wohnungsbauprogramm zerreden.

Um die Zahl geförderter Wohnungen deutlich zu erhöhen, müssen unterschiedliche Instrumente eingesetzt werden. Eines davon ist die Anwendung der Erbpacht-Regelung. Inzwischen sieht das auch der Rat so wie DIE LINKE. Köln seit Jahren. An der Umsetzung allerdings hapert es. Das liegt daran, dass die Liegenschaftsverwaltung in erster Linie Geld machen will und dafür langfristigen Bindungen aus dem Weg geht.

Die Erbpachtregelung ist ein Weg, die Grundstückskosten zu senken. Denn die

hohen Preise sind ein Grund dafür, dass Investoren den geförderten Geschosswohnungsbau meiden. Dazu müssen sie aber indirekt gezwungen werden. Bebauungspläne sind ein Mittel dazu, aber auch die sozialgerechten Bodennutzung ist ein großer Schritt in die richtige Richtung.

Ein anderer wichtiger Kampf der Fraktion richtet sich gegen die Zweitwohnungssteuer. Sie ist ursprünglich für Touristenorte gedacht, in denen besser Verdienende eine Zweitwohnung besitzen. In

Köln trifft die Zweitwohnungssteuer aber vorwiegend Menschen mit niedrigen Einkommen wie Studenten.

Im Kampf dagegen konnte DIE LINKE einen wichtigen Etappensieg erringen. Inzwischen sind Zivildienstleistende und Menschen, die ein soziales oder ökologisches Jahr ableisten, davon befreit. Diese Regelung geht auf einen Antrag der LINKEN vom September 2007 zurück.

Jörg Detjen

Wohnungslose in Köln

In Köln sind weit über 4000 Menschen wohnungs- bzw. obdachlos. Häufig wird ihnen von der Stadt eine Wohnung gestellt oder sie werden in einer Obdachloseneinrichtung untergebracht. Im gesamten Stadtgebiet stehen dafür ca. 1000 Plätze zur Verfügung, davon 66 Plätze in Notunterkünften.

Aber nicht alle Obdachlosen sind bereit und in der Lage, in Sammelunterkünften der Stadt zu übernachten. Sie schlafen auf der Straße, unter Brücken und in Hauseingängen. Die Stadt schätzt ihre Zahl auf ca. 400 Personen. Gerade dieser Personenkreis kämpft mit großen gesundheitlichen Problemen. Auch für sie stellt die Stadt Hilfen bereit: den Mobilen Medizinischen Dienst des Gesundheitsamtes, eine Krankenwohnung mit 6 Plätzen und 4 Bauwagen in den Wintermonaten.

Außerdem suchen Sozialpädagogen Wohnungslose auf und bieten ihnen Begleitung und Unterstützung an.

Die Fraktion DIE LINKE. Köln stellte vor allem zur Versorgung der Wohnungslosen im Winter mehrere Anfragen und forderte in diesem Zusammenhang mehr Bauwagen und weitere Plätze in Krankenwohnungen.

Michael Kellner

Kampf gegen Hartz IV auf kommunaler Ebene

Hartz IV ist Armut per Gesetz. So steht es auf den Wahlplakaten unserer Partei. Und deshalb fordert DIE LINKE die Überwindung dieses Gesetzes. Weil die Hartz – Gesetze aber Bundesgesetze sind, können sie auch nur im Bund abgeschafft werden. Die Kommunen haben solange die Aufgabe, mit diesen Gesetzen umzugehen – wie auch immer. Für die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE. Köln bedeutete das in dieser Ratsperiode, engen Kontakt mit Erwerbslosen zu halten, ihren Nöten und Beschwerden nachzugehen, die Verwaltung bei der Umsetzung der Gesetze zu kontrollieren und durch kommunalpolitische Aktivitäten die soziale Lage der Erwerbslosen und Sozialhilfeempfänger zu verbessern.

Ein Beispiel für eine solche Aktivität der Fraktion war ihr Antrag in der Ratssitzung vom Dezember 2005 zur „Vereinfachung der GEZ-Gebührenbefreiung für die ALG II-Bezieher“. Der Rat sollte die ARGE auffordern, unverzüglich nach Lösungen für eine solche Vereinfachung zu sorgen und verhindern, dass dabei den Betroffenen finanzielle Verluste entstehen und der Datenschutz verletzt wird. Hintergrund war, dass die GEZ inzwischen die Bescheinigung für die Gebührenbefreiung selbst ausstellte. Dabei entstanden den ALG II-Beziehern massive Nachteile. Die Bearbeitung der Anträge dauerte mehrere Monate. Ohne die Bescheinigung der GEZ wiederum konnte der Sozialtarif der Telekom nicht genutzt werden, und die Eingruppierung in diesen Tarif erfolgte nicht rückwirkend. Da die GEZ außerdem den vollständigen ALG II-Bescheid verlangte, war die Situation beim Datenschutz ungeklärt. Dem Antrag wurde stattgegeben und das Verfahren schließlich vereinfacht.

In weiteren Anträgen im Rat erreichte die Fraktion, dass Schüler und Schülerinnen, für die Leistungen nach dem SGB II bezogen wurden, ab dem Schuljahr 2006/2007 von den Eigenanteilen an Lernmitteln befreit wurden. Bei der sich bereits abzeichnenden zunehmenden Kinderarmut war dieser Ratsbeschluss für viele Familien ausgesprochen hilfreich.

Ein Meilenstein war sicher die Wiedereinführung des Köln-Passes im September 2006, an der die Fraktion DIE LINKE. Köln maßgeblich beteiligt war. Siehe dazu Artikel Seite 1.

Ganz anders war das Vorgehen der Fraktion DIE LINKE. Köln zum Thema Hartz IV im Sozialausschuss. Der Vertreter der LINKEN war hier nicht eingebunden in eine Fraktion und hatte zwar Rede- und Antragsrecht, aber kein Stimmrecht. Ihm schien es deshalb sinnvoller, Anfragen zu stellen. Bei einem solchen Vorgehen nimmt ein Politiker seine Aufgabe wahr, die Verwaltung zu kontrollieren. Sie muss Rede und Antwort stehen. Von Bedeutung sind die Antworten, wenn sie den Betroffenen



deutlich machen, welche Rechte sie haben und wie bestimmte Vorgänge ablaufen oder ablaufen müssen. In diesem Fall gewähren sie dann sogar eine gewisse Rechts-sicherheit. Von Hartz IV Betroffene können die Antwort zu ihren Terminen mitnehmen und sich darauf berufen.

Hinter den verschiedenen Anfragen, die die Fraktion im Ausschuss für Soziales und Senioren zum Thema Hartz IV gestellt hat, stehen vor allem die Probleme der Erwerbslosen, die sie mit der Umsetzung des Gesetzes durch die ARGE bzw. ihre MitarbeiterInnen haben. Immer wieder werden Praktiken angewandt, die nicht erlaubt sind oder das Gesetz zu eng auslegen. Von den so Betroffenen sind die Anregungen und der Anstoß zu den Anfragen gekommen, und in vielen Fällen konnten die Antworten auch für mehr Klarheit und Rechtssicherheit sorgen. Anfragen wurden u.a. zu folgenden Themen gestellt: Verdrängung regulärer Arbeit durch 1-Euro-Jobs, Auszahlungspraxis von ALG II und von „Mehraufwand“, Unterkunftskosten und Zwangsumzüge, Ergänzende Leistungen bei Niedriglohn, Disability Management (DiMa), Sanktionen, Umzüge, Stromsperrern, Ankauf von Einrichtungsgegenständen, Maklerscheine, unangemessen hohe Kosten der Unterkunft, Rücklagen, Vorladung von Schülern durch die Arge, Wohngeld und weitere.

Presseberichte über drastisch steigende Stromsperrern veranlassten den Vertreter der LINKEN im August 2008 im Sozialausschuss zur Nachfrage. Die Antwort der RheinEnergie ergab für das Jahr 2007 ca. 5.350 Stromsperrern in Köln. Die Verwaltung betonte, dass es verschiedene gesetzliche Möglichkeiten für das Sozialamt gibt, die Kosten zu übernehmen und eine Stromsperre zu verhindern.

Im Laufe der Zeit erhielt die Fraktion DIE LINKE. Köln immer wieder Anrufe, in denen sich Betroffene über Forderungen nach der Vorlage von Dokumenten beschwerten - nicht nur bei Erst-, sondern auch bei Folgeanträgen. Die Antwort schaffte für die Betroffenen rechtliche Klarheit. Sie mussten z.B. eine Kopie der Miet-

bescheinigung nicht erneut vorlegen, wenn sich nichts geändert hatte.

Der Tod eines 20-jährigen Arbeitslosen in Speyer war für die Fraktion DIE LINKE. Köln der Anlass, im Ausschuss Fragen zur Sanktionspraxis zu stellen. Im März 2007 waren 1099 Sanktionen ausgesprochen worden. Für eine Differenzierung der Zahl stand keine Software zur Verfügung. Deutlich wurde aber, dass keine Sanktion ohne vorherige Aufklärung über die Rechtsfolgen und ohne Anhörung ausgesprochen werden darf.

Der Arbeitskreis „Soziales“, in dem vorwiegend Erwerbslose mitarbeiten, hat einen großen Anteil an der Arbeit der Fraktion zum Thema Hartz IV. Aus seinen Reihen stammt auch eine Broschüre zum Wohnungsmarkt in Köln, in der nachgewiesen wird, dass es für ALG II-Bezieher unmöglich ist, eine Wohnung zu finden, die der geforderten Mietobergrenze entspricht.

Michael Kellner

Hinweis:

Die Anfragen im Sozialausschuss und die Antworten darauf können im Fraktionsbüro angefordert werden oder auf der Fraktionshomepage www.linksfraktion-koeln.de runter geladen werden.

Trotz Ratsbeschluss kein Sozialtarif für Strom

Am 13. Dezember 2007 beschloss der Rat der Stadt Köln mit den Stimmen von SPD, Grünen und DIE LINKE einen Antrag zum Sozialtarif Strom, der die Rhein-Energie auffordert, einen solchen Tarif anzubieten. Diese Initiative hatte DIE LINKE angeschoben, um das Konzept des Köln-Passes um eine weitere Stufe zu verbessern. CDU und FDP tobten. Der Vorstand der Rhein-Energie erklärte in einer Stellungnahme einen Sozialtarif für wettbewerbsverzerrend. Umweltminister Ga-

brüel dagegen griff die Kölner Initiative auf und sprach sich in einer Regierungserklärung für einen Sozialtarif Strom aus.

In Köln begrüßte diesen Ratsbeschluss der DGB, die Liga der Wohlfahrtsverbände und der Katholikenausschuss ausdrücklich. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Martin Börschel erklärte im WDR: „Wenn die regionalen Versorger, in dem Fall die Stadt Köln, nicht die Vorreiterrolle übernehmen, macht es ja gar keinen, deswegen gehen wir den Schritt.“

Im April 2008 diskutierten SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE wie ein solcher Tarif aussehen könnte. Ein Kompromissmodell sah vor, Sozialtarif-Kunden 500 Kilowattstunden pro Jahr im Wert von ca. 70 Euro kostenlos zur Verfügung zu stellen und 30 Euro Zuschuss für neue Elektrogeräte zu gewähren.

In den darauf folgenden Monaten verhandelte die Verwaltung zwar mit der Rhein-Energie, es wurde aber kein neues Konzept vorgelegt. Das hing auch damit zusammen, dass die SPD auf Bundesebene einen Rückzieher gemacht hatte. Im Oktober 2008 hatte Umweltminister Gabriel erklärt: „Die nachhaltige Antwort auf steigende Energiepreise heißt Energieeffizienz. Sozialtarife lösen das Problem nicht.“

Fast zur gleichen Zeit kam die Verbraucherzentrale NRW zu einer ganz anderen Meinung: „Der Kreis ‚schutzbedürftiger Verbraucher‘ muss in der Bundesrepublik definiert werden. [...] Jeder Haushalt sollte zumindest mit einer Strommenge beliefert werden.“

DIE LINKE begrüßt die Initiative der Verbraucherberatung. Auch der DGB in NRW spricht sich für einen Sozialtarif Strom aus. Die Fraktion wird das Thema in der nächsten Ratsperiode neu aufrollen und nicht locker lassen.

Jörg Detjen



Der Einsturz des Historischen Archivs

Das Unglück am Waidmarkt

Die Fraktion DIE LINKE. Köln hat sich intensiv mit dem schrecklichen Unglück auseinandergesetzt, bei dem zwei junge Menschen ums Leben gekommen und unschätzbare Kulturgüter vernichtet worden sind. Die Katastrophe vom 3. März 2009 hat über Wochen hinweg das Leben und die Politik in Köln beherrscht. Unmittelbar nach dem Unglück hat sich die Fraktion mit den Hintergründen der Katastrophe beschäftigt.

Wir haben nachgeforscht

und sind sehr schnell darauf gestoßen, dass es bereits Monate zuvor Probleme mit der Wasserhaltung an der Baugrube Waidmarkt gab. Unsere Recherchen haben Fachleute dazu gebracht, sich mit der Frage der Grundwasserhaltung am Waidmarkt auseinanderzusetzen.

Auch wenn die Ursache für die Katastrophe am Waidmarkt bis heute nicht endgültig geklärt ist, die Mängel in der Wasserhaltung sind mitverantwortlich.

Das Desaster vom Waidmarkt hat viele Ursachen: Der Bau der Nord-Süd U-Bahn war immer schon umstritten, der volkswirtschaftliche Nutzen des Milliarden-Projektes fraglich. Um das Projekt verwirklichen zu können, mussten die Kosten so gering wie möglich gehalten werden. Auch aus Kostengründen hat man sich für eine Mischform von geschlossener und nicht geschlossener Bauweise entschieden. Die Bahn in Mülheim dagegen hat man komplett geschlossen gebaut. Baugruben wie am Waidmarkt waren dort nicht nötig, da auch die Haltestellen in geschlossener Form gebaut worden sind. Ebenso ist die Wasserhaltung durch Abpumpen bei Experten umstritten. Das Abpumpen von viel zu großen Mengen Wasser hat aller Wahrscheinlichkeit nach den Erdsturz am Waidmarkt ausgelöst. Auch hier ist zu befürchten, dass man durch die billige Variante des Abpumpens Kosten gespart hat und nicht die optimale Sicherheit wie z.B. die Unterwasserbetonage gewählt hat.

Nicht nur technische Ursachen

Politische Fehler der Vergangenheit haben das Unglück mit verursacht. Im Jahr 2000

hat eine breite Mehrheit im Rat der Stadt Köln (CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen) eine fatale Entscheidung getroffen. Man hat eine Verwaltungsreform beschlossen, die die Stadtverwaltung verschlanken sollte. In Wahrheit hat man die Verwaltung ausgehöhlt und vorhandene Kompetenz zerschlagen, beispielsweise mit

Vielfaches an Stadtbahnstrecke oberirdisch verlegen. Unmittelbar nach dem Unglück am Waidmarkt hat DIE LINKE im Rat gefordert, dass die Gelder zur Fertigung einer Machbarkeitsstudie für die Ost-West U-Bahn gestrichen werden. Die Stadtspitze hat prompt reagiert und die Mittel aus dem Haushalt gestrichen.

DIE LINKE. Köln fordert, Konsequenzen aus dem Unglück an Waidmarkt zu ziehen. Auch deshalb bekräftigt sie ihr Nein zu weiteren U-Bahnen. Künftig müssen wir verstärkt ein Augenmerk darauf legen, dass Baumaßnahmen einer unabhängigen fachlichen Aufsicht unterliegen.

Schlechtes Krisenmanagement bei Stadt und KVB

Die Katastrophe am Waidmarkt hat bundesweit Aufsehen erregt und die Medien bestimmt. Die Informationspolitik von Stadt und KVB war zu keinem

Zeitpunkt zufriedenstellend. Journalisten, Bürger und Politiker mussten erleben, wie die Verantwortlichen Informationen zurückgehalten haben und in ihren Funktionen völlig überfordert waren. Der Oberbürgermeister hatte ein Mal mehr keinen Durchblick und hat sich der Verantwortung entzogen. Querelen bestimmten das Bild des Krisenstabes. Schramma reagierte hilflos mit der Androhung von Disziplinarverfahren. Schrammas Arbeit im Hinblick auf die Katastrophe am Waidmarkt war derart schlecht, dass er dem Druck nachgeben musste und auf eine erneute Kandidatur zum OB verzichten musste. Sein Parteifreund und KVB-Chef Reinartz stand im Hinblick auf die Qualität seiner Arbeit dem Oberbürgermeister in nichts nach. Auch der KVB-Vorstand war völlig überfordert. Anders als Schramma konnte Reinartz seine Haut (vorerst) retten. Die Arbeitnehmervertreter stimmten der Abwahl von Reinartz nicht zu.

der Vernichtung des Dezernates für Tiefbau. Dieses Dezernat war verantwortlich für den Bau der U-Bahn Strecken in Ehrenfeld und Mülheim. Auf diese Kompetenz konnte man beim Bau der Nord-Süd Bahn nicht mehr zurückgreifen, mit fatalen Auswirkungen insbesondere bei der Bauaufsicht. Bauherrschaft und Bauaufsicht lagen bei der Nord-Süd Stadtbahn in einer Hand, nämlich bei der KVB.

Dies ist eine direkte Folge der Privatisierungsideologie auf kommunaler, aber auch auf Landesebene. DIE LINKE hat die Verwaltungsreform aus dem Jahr 2000 heftig kritisiert und wird sich auch künftig für eine starke und kompetente Verwaltung einsetzen. Hoheitliche Aufgaben dürfen nicht an Private delegiert werden. Sie müssen sich direkt der Kontrolle der Politik stellen. Dies gilt für Tiefbau, Hochwasserschutz und vieles mehr.

LINKE gegen U-Bahn Bau

DIE LINKE. Köln hat sich auch vor dem Unglück am Waidmarkt gegen den Bau von Untergrundbahnen ausgesprochen. Sie vertritt eine moderne Verkehrspolitik, die es ablehnt, den ÖPNV zugunsten des Autoverkehrs unter die Erde zu verlegen. Auch ökonomische Argumente sind eindeutig. Für das gleiche Geld kann man ein

Zeitpunkt zufriedenstellend. Journalisten, Bürger und Politiker mussten erleben, wie die Verantwortlichen Informationen zurückgehalten haben und in ihren Funktionen völlig überfordert waren. Der Oberbürgermeister hatte ein Mal mehr keinen Durchblick und hat sich der Verantwortung entzogen. Querelen bestimmten das Bild des Krisenstabes. Schramma reagierte hilflos mit der Androhung von Disziplinarverfahren. Schrammas Arbeit im Hinblick auf die Katastrophe am Waidmarkt war derart schlecht, dass er dem Druck nachgeben musste und auf eine erneute Kandidatur zum OB verzichten musste. Sein Parteifreund und KVB-Chef Reinartz stand im Hinblick auf die Qualität seiner Arbeit dem Oberbürgermeister in nichts nach. Auch der KVB-Vorstand war völlig überfordert. Anders als Schramma konnte Reinartz seine Haut (vorerst) retten. Die Arbeitnehmervertreter stimmten der Abwahl von Reinartz nicht zu.

Mit den neuen Mehrheitsverhältnissen nach der Kommunalwahl wird sich die Frage erneut stellen, ob die KVB in der sehr schweren Lage nach dem Unglück mit einem derart belasteten Vorstand weitermachen will. Für DIE LINKE steht fest: Das Unternehmen KVB braucht einen kompetenten Neuanfang jenseits von Parteienklänge!

Jörg Detjen, Michael Weisenstein



Die größten Erfolge der LINKEN

•❖ Wiedereinführung des Köln-Passes für Menschen, die 130 % des Regelsatzes ALG II zum Leben haben in zwei Etappen	Artikel Seite 1
•❖ Lernmittelfreiheit für Schüler mit Köln-Pass	Artikel Seite 6
•❖ Kostenlose Erstausrüstung für I-Dötzchen mit Köln-Pass	Artikel Seite 1
•❖ 100 zusätzliche Ausbildungsplätze bei der Stadt Köln sofort und Ausbildungsquote von 6 %	Artikel Seite 14
•❖ Info- und Dokumentationsstelle gegen Rechtsextremismus	Artikel Seite 4
•❖ Denkmal für Deserteure	Artikel Seite 4
•❖ Offenlegung der Gehälter in städtischen Unternehmen für neu eingestellte Manager	Artikel Seite 12
•❖ Keine Schließung der Schwimmbäder in Nippes, Weidenpesch, Rodenkirchen	Artikel Seite 15
•❖ Keine Privatisierung der Sargträger	Artikel Seite 14
•❖ Einrichtung einer kommunalen Härtefallkommission für Flüchtlinge	Artikel Seite 4
•❖ Einführung eines Sozialtarif Strom und keine Stromsperren	Artikel Seite 7

Große Schweinereien der anderen

Thema	SPD	Grüne	CDU	FDP
❖ Ablehnung Moscheebau			X	
❖ Hubschrauberlandeplatz auf dem Kalkberg	X	X	X	X
❖ Messehallen: Ablehnung eines Antrages der LINKEN für die Erstellung eines Wertgutachtens für die gebauten Messehallen.	X	X	X	X
❖ Public-Private-Partnership (PPP) Schulsanierung 2005 & 2006 statt mit Kommunalkrediten	X	E	X	X
❖ Sozial-Betriebe Köln (SBK) Rechtsformänderung in gGmbH mit dem Ziel Lohnkosten zu sparen und Tariffucht	X	X	X	X
❖ Win-Win-Projekt: Einrichtung von ARGE-geförderten Arbeitsplätzen, hauptsächlich 1-Euro-Jobs LINKE-Antrag zur Förderung von Entgeltvarianten (sozialversicherungspflichtige Beschäftigung) statt 1-Euro-Jobs abgelehnt	X	X	X	X
❖ Teilnahme an (Vergnügungs-)Aufsichtsratsreisen und steuerliche Begünstigung	X	X	X	X
❖ Stille Kapitaleinlage bei Sparkasse KölnBonn ohne Aufklärung schlechter Finanzpolitik	X	X	X	X
❖ Ausbau 6-spurige Rheinuferstraße und Prüfung Tieferlegung	X		X	X
❖ Bau Godorfer Hafen	X		X	

X = Zustimmung E = Enthaltung

Gemeinsam Lernen und arbeiten

Politik mit und für behinderte Menschen

Noch vor der Sommerpause hat der Rat der Stadt Köln einstimmig das „Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik“ verabschiedet. Anregungen dazu kamen auch von den LINKEN. Es waren vor allem zwei Themen, die die Fraktion immer wieder zur Sprache brachte: den gemeinsamen Unterricht (GU) von Schülern und Schülerinnen mit und ohne Behinderungen und die Unterstützung von Integrationsunternehmen durch die Stadt.

In der Ratssitzung vom 30.08.2007 beantragte die Fraktion als Zusatz zum Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Verdoppelung der Plätze im GU) ausreichende Plätze im GU an weiterführenden Schulen. In der 4. Klasse der Grundschulen befanden sich damals 124 Kinder im GU mit Sonderpädagogischen Förderbedarf. An den weiterführenden Schulen standen aber nur 36 Plätze für den GU zur Verfügung. Für eine Stadt, die – auf Anregung der Fraktion DIE LINKE. Köln – die Erklärung von Barcelona

„Die Stadt und die Behinderten“ unterschrieben hatte, ein Skandal! Der Antrag wurde mit den Stimmen von Rot-Rot-Grün beschlossen. Die Fraktion DIE LINKE. Köln weiß aber, dass sie die Umsetzung auch weiterhin anmahnen muss.

Im April 2008 stellte die Fraktion DIE LINKE. Köln einen Ratsantrag zur Förderung von Integrationsunternehmen durch die Stadt. In Köln gibt es mehrere Integrationsunternehmen, die rechtlich und wirtschaftlich völlig selbständig tätig sind. Die

Arbeitsplätze sind sozialversicherungspflichtig, und die MitarbeiterInnen werden tariflich und ortsüblich bezahlt. 25 % bis 50 % der Plätze müssen von schwerbehinderten Menschen besetzt sein. Auch dieser Antrag wurde – zur Prüfung durch die Verwaltung – von Rot-Rot-Grün beschlossen und hat im „Handlungskonzept zur Kölner Behindertenpolitik“ seinen Niederschlag gefunden.

Seitdem am 1.1.2009 das „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ der Vereinten Nationen auch für Deutschland verbindlich geworden ist, wird die Position der Fraktion DIE LINKE. Köln noch einmal bestärkt. Das Übereinkommen fordert in Artikel 24 „ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen. Ziel ist die „vollständige Integration“. Integration wird hier allerdings mit dem englischen „inclusion“ wiedergegeben. Und das bedeutet, dass die Vielfalt selbst in Zukunft die Norm sein wird – in allen Bereichen der Gesellschaft.

Michael Kellner



Die Jugend ist die Zukunft!

LINKE Politik für Kinder und Jugendliche

Medien zeichnen heute verschiedene Horrortage von Kindern und Jugendlichen. Entweder sind sie dumm und passiv oder gefährlich und gewalttätig. Anfang letzten Jahres lieferten Kalker Jugendliche ein eindrucksvolles Gegenbeispiel. Mehrere Tage lang demonstrierten Hunderte friedlich auf der Kalker Hauptstraße. Zunächst forderten sie eine gründliche Aufklärung des tragischen Todes ihres Freundes und Mitschülers Salih (17) und wandten sich gegen Diskriminierung und Rassismus. Bald waren diese Demonstrationen aber Kundgebungen für ein besseres Leben.

Hinter den Protesten steckt auch jahrelang aufgetauter Frust über Ungleichbehandlung und schlechte Zukunftsaussichten für junge Migranten vor allem in armen Vierteln. Roland Koch hatte das mit seiner Wahlkampf-Hetzkampagne noch einmal verstärkt.

Die Fraktion DIE LINKE. Köln unterstützt diese Anliegen der Jugendlichen.

Die Ratsmitglieder Claus Ludwig und Özlem Demirel wohnen in Kalk und waren fast täglich vor Ort, um mit den Jugendlichen zu sprechen und sie in ihrem berechtigten Protest zu unterstützen.

Mit einer Aktuellen Stunde wollte DIE LINKE diesen Jugendlichen einmal die Aufmerksamkeit und den Respekt des Rates sichern, der ihnen gebührt.

Gleichzeitig wurde von den etablierten Parteien ein Maßnahmenpaket gegen Jugendgewalt verabschiedet. Dafür konnte sehr schnell 1 Mio. Euro bereitgestellt werden. Mit vier neuen Stellen für Schulsozialarbeiter war DIE LINKE einverstanden. Wir wandten uns aber entschieden dagegen, dass neu eingestellte Streetworker nicht fest in einem Viertel verankert sind, wo sie langsam das Vertrauen der Jugendlichen gewinnen und Beziehungen aufbauen können. Sie werden vielmehr als eine Art „Feuerwehr“ immer dort eingesetzt werden, wo es Probleme gibt. Nachhaltige Jugendarbeit sieht anders aus.

DIE LINKE wollte auch kein Geld für das Haus des Jugendrechts ausgeben. Kommunale Gelder sind in der Prävention besser aufgehoben. So fordert DIE LINKE mehr Jugendzentren. Sie setzte sich auch für die Erweiterung des Naturfreundeheim Kalk ein. Denn Jugendliche brauchen Respekt und offene und freie Räume.

Gut angelegt ist kommunales Geld auch in der Kinderbetreuung. Das neue Landes-Kinderbildungsgesetz KiBiz riss eine Lücke von 16,3 Mio. Euro in dem Stadthaushalt.

Hier trug DIE LINKE ihren Teil dazu bei, dass dieser Betrag nicht auf die Eltern abgewälzt wurde. Für Eltern mit Köln-Pass ist die Betreuung ihrer Kinder jetzt kostenlos. Alle anderen zahlen zumindest nicht mehr als vorher. Das zweite und weitere Kinder bleiben wie gehabt beitragsfrei. DIE LINKE steht für kostenlose Bildung ein Leben lang.

Özlem A. Demirel



Eine GUTE Schule für Alle!

Die Schulpolitik der Fraktion

sequenzen aus dieser Befragung gezogen werden und endlich der Bedarf an Gesamtschulplätzen gedeckt wird.

Die Aufhebung der Grundschulbezirke zum Schuljahr 2007/2008 verfolgt dieselbe Absicht wie das dreigliedrige Schulsystem: Die soziale Selektion wird auch hier verstärkt. Erste Erfahrungen seit der Aufhebung der Schulbezirke zeigen, dass hier erneut Kinder aus unterschiedlichen sozialen Schichten voneinander getrennt werden. Vorher sind alle Kinder aus einem Grundschulbe-

die Arbeit des Büros später auch bewerten. Diese Forderungen wurden an eine kommunale Arbeitsgruppe verwiesen, die die Struktur des Regionalen Bildungsbüros plant.

Auch für das Ziel, Jugendliche besser auf eine Ausbildung vorzubereiten, konnte DIE LINKE Weichen stellen. Nun werden alle Schülerinnen und Schüler, die von einer weiterführenden Schule abgehen, erfasst und beobachtet, wie ihr beruflicher Werdegang danach aussieht. Maßnahmen gegen die Benachteiligung von MigrantInnen, behinderten SchülerInnen und Haupt- und FörderschülerInnen werden durchgeführt und sollen vom regionalen Bildungsbüro koordiniert werden. Es erfasst und wertet dazu alle Daten aus. Dieser Antrag fand im Mai 2007 eine Mehrheit im Rat.

In diese Legislaturperiode fiel auch die Umwandlung von Horten in Offen Ganztagschulen (OGTS). DIE LINKE sprach sich gegen die Schließung der Horte aus, in denen Fachkräfte arbeiteten. In der OGTS dagegen gibt es nur Halbtagsstellen. Von insgesamt 1366 Beschäftigten werden nur 232 tariflich bezahlt, knapp 17 %. Völlig unklar ist auch, was passiert, wenn eine Basiskraft krank wird. Das Budget der OGTS ist mit 41.000 Euro pro Gruppe und Jahr so knapp bemessen, dass Aushilfen kaum einzustellen sind. Davon müssen zwei Basiskräfte und Menschen, die die Zusatzangebote durchführen, bezahlt werden. Gerüchte um 1-Euro-Jobber wollen nicht verstummen. Hier zielt unser Kampf darauf, durch besser bezahlte Fachkräfte die Qualität der OGTS zu steigern und die noch bestehenden Horte in sozialen Brennpunkten zu erhalten.

2007 konnte sich DIE LINKE noch einmal mit einer kleinen, aber wichtigen Forderung durchsetzen. Zwei bereits beschlossene Stellenkürzungen bei den Schulbibliotheken wurden zurückgenommen. Seit 1999 gab es hier immer wieder Stellenkürzungen, die das Schulverwaltungsamt auf Anfragen der Fraktion DIE LINKE. Köln nur sehr zögernd und teilweise gar nicht erwähnte. Die Unternehmensberatung Kienbaum wollte in Ihrer Spar-Studie schließlich wieder zwei Stellen einsparen. Im Haushalt war diese Kürzung schon beschlossen, auf Antrag der LINKEN aber wieder zurückgenommen.

DIE LINKE steht für kostenlose, demokratische und chancengerechte Bildung und Ausbildung. In diesem Sinne unterstützte die Fraktion den Bildungstreik und den Kitastreik und initiierte die erfolgreiche Kampagne für eine Ausbildungsquote bei der Stadt.

Özlem A. Demirel

Die wichtigste schulpolitische Forderung der LINKEN ist die Aufhebung des selektiven Schulsystems. Wir stehen ein für ein integratives Schulsystem. Wahre Chancengerechtigkeit und „Eine Schule für Alle“ ist unser Ziel. Für Köln fordern wir mehr Gesamtschulen, die eine individuelle und integrative Förderung und Bildung für Kinder und Jugendliche ermöglichen.

Die Anmeldezahlen an Kölner Gesamtschulen übersteigen bei weitem die Plätze. Auch für das Schuljahr 2009/10 wurden wieder über 800 Kinder, wie schon in den vergangenen Jahren, aus Platzmangel abgelehnt. Dem Platzmangel an den Gesamtschulen stand in diesem Jahr auch zu wenige Anmeldungen an neun Hauptschulen im ersten Durchlauf gegenüber.

Hier wird der „Elternwille“, sonst das höchste Ziel bürgerlicher Parteien, sträflich missachtet. Dennoch wurde der Wunsch nach weiteren Gesamtschulen immer mit Vorschriften der Landesregierung abgeblockt. Nun hat das Verwaltungsgericht Köln festgestellt, dass für die Einrichtung einer Gesamtschule nicht zwingend ein Drittel der angemeldeten Kinder eine Grundschulpflicht für das Gymnasium besitzen müssen.

Nun ist der politische Wille entscheidend. Im Juni stellte DIE LINKE deshalb einen Ratsantrag auf Errichtung zunächst einer weiteren Gesamtschule in Köln. Nun bereitet die Verwaltung eine Elternbefragung vor, auf welche weiterführende Schule sie ihr Kind schicken wollen. DIE LINKE wird wachsam sein, ob tatsächlich die Kon-

zirk in die dafür vorgesehene Schule gekommen. Jetzt melden sozioökonomisch besser gestellte Familien ihre Kinder an Grundschulen an, die einen „besseren Ruf“ und bessere Ressourcen haben. Eltern aus Hartz IV-Familien könnten es sich gar nicht leisten, ihre Kinder jeden Tag von Kalk nach Lindenthal an die Schule zu befördern.

DIE LINKE konnte sich mit dem Antrag durchsetzen, zu prüfen, wie Schülerströme gesteuert werden können, um die oben geschilderten negativen Auswirkungen zu vermeiden. Außerdem erreichte die Fraktion einen Aufschub bis zum letztmöglichen Termin.

Bessere Bildung wollte die Fraktion auch durch den Aufbau eines regionalen Bildungsbüros erreichen. Den Schulen wurden durch ein neues Schulgesetz vom Land neue Aufgaben zugewiesen, ohne dass gleichzeitig die entsprechende Unterstützung und Gelder, z. B. für Personal bereitgestellt werden. Deshalb war es notwendig, mit dem Bildungsbüro ein regionales Steuerinstrument zu schaffen.

DIE LINKE hat diese rot-grüne Initiative nicht nur unterstützt, sondern wollte mittels eines Änderungsantrags konkrete Aufgaben für das Bildungsbüro festschreiben. Neben der Offenlegung aller städtischen Bildungsangebote und der Entwicklung eines kommunalen Bildungskonzeptes, das die Benachteiligung von MigrantInnen ausgleicht, sollte das Büro ein Personalkonzept erarbeiten. Ziel des Büros sollte sein, mehr Schüler und Schülerinnen einen Schulabschluss bzw. eine Berufsausbildung erreichen zu lassen. An diesem Ziel kann man

Transparenz und Demokratie statt Klüngel und Korruption

In der letzten Wahlperiode des Kölner Rates reihte sich ein Skandal an den nächsten: Beim Bau der Messehallen gab es keine Ausschreibung, dafür riesige Profite des Oppenheim-Esch-Fonds. Durch die Machenschaften des ehemaligen Sparkassenchefs Alfred Schröder (SPD) verzeichnete die Sparkasse KölnBonn große Verluste beim Bau der RTL-Hallen und dem MMC-Geschäft. In den städtischen Beteiligungsunternehmen wurden Managerverträge geschlossen, die den Vorständen eine Leibrente gewährten. Prof. Dr. Bietmann (CDU) und Bürgermeister Müller (CDU) hatten Beraterverträge im Wert von mehreren Hunderttausend Euro mit der Sparkasse abgeschlossen ohne eine Gegenleistung erbringen zu müssen. Die Finanzkrise bedrohte Crossborder-Leasing-Verträge, die zum Glück rückabgewickelt wurden, bevor der Stadt hohe Verluste entstehen. Schließlich führte der Einsturz des Stadtarchivs zum Rückzug der Kandidatur von Oberbürgermeister Schramma.

Ursachen...

Die Ursachen aller dieser Skandale sind die gleichen:

- Die Stadt wurde als Selbstbedienungsladen zur persönlichen Bereicherung genutzt.

- Mit dem Argument der „Verschlankung der Verwaltung“ wurden städtische Leistungen privatisiert und hoheitliche Aufgaben (Bauaufsicht Stadtbahnbau) an Dritte, schlussendlich an Private übertragen.

- Intransparente Finanzgeschäfte und undemokratisches Verwaltungshandeln führten zu großen Verlusten, die der Steuerzahler tragen muss.

Die Fraktion hat sich sehr intensiv mit dem Thema beschäftigt und die Politik von CDU, SPD, Grüne und FDP immer wieder angegriffen. Bei Klüngel und Korruption gab es keine wechselnden Mehrheiten. Wenn der öffentliche Druck enorm wurde, mussten die großen Parteien das ein oder andere Mal nachgeben. Dieser Druck entstand zum Teil auch dadurch, dass es in Köln zahlreiche engagierte Journalisten gibt, die z.B. frühzeitig über die Machenschaften des Oppenheim-Esch Fonds berichteten.

...und Abhilfe

Doch DIE LINKE ist nicht einfach darin stehen geblieben, die Korruption und ihre Auswirkungen anzuprangern. So forderten wir die Erstellung eines Wertgutachtens über die umstrittenen Messehallen oder die Offenlegung und Deckelung städtischer Managergehälter. Das Thema Transparenz und Korruption ist deshalb auch ein Schwerpunktthema der LINKEN im Wahlkampf.

Auf der Ratssitzung im Februar 2009 beschrieb der Fraktionsvorsitzende der LINKEN die jüngsten Zusammenhänge des Kölner Klüngels:

„Die Privatisierungspolitik der CDU, die vielen riskanten Finanzgeschäfte, der Bau der Messehallen und die dramatischen Verluste der Sparkasse stehen in einem Zusammenhang. [...]“

Bietmanns Seilschaften

Er (Herr Bietmann) hat nämlich eine gewaltige Seilschaft zusammen mit Schröder



aufgebaut, von der auch Bürgermeister Müller profitierte. Herr Bietmann nutzte den Rat und die Aufsichtsräte für seine persönliche Geschäftstätigkeit. [...]

Die Privatisierung der AWB 2000 und die fehlende Ausschreibung wurde unter anderem mit - Zitat - „Bindungen persönlicher Natur“ zu Herrn Trineckens begründet. Der Verkauf der GAG sollte über das Bankhaus Oppenheim abgewickelt werden. Eine Handvoll Banker und Kanzleien haben an Crossborder-Leasing-Geschäften verdient.

Besonders perfide war, dass Herr Bietmann 1999 nach dem Wahlsieg der CDU über Korruption kritisch diskutierte und gleichzeitig in noch größerem Umfang Stück für Stück eine Seilschaft aufbaute. Dabei ging er sogar so weit, dass er im März 2002 Herrn Gustav Adolf Schröder sozusagen rettete. Schröder war in den SPD-Spendenskandal verwickelt, und Bietmann stellte sich öffentlich vor ihn. Wunderbar! Ein Jahr später hatte Bietmann seinen Beratervertrag. Bietmann hat dann mit Schröder eine feste Beziehung zum Bankhaus Oppenheim entwickelt. Fast wie im Bilderbuch zeichnet Bietmann die Genehmigung für einen Beratervertrag Schröders mit dem Bankhaus Oppenheim gegen.

Man kennt sich...

Auffällig ist: Herr Bietmann war immer in Aufsichtsräten von öffentlichen Unternehmen tätig, die Gewinne machten ..., und er setzte über Privatisierungen und riskante Finanzgeschäfte seine Seilschaft in Gang. Herr Bietmann war von 1999 bis 2003 erster Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden der Koelnmesse, also in der Zeit, in der die Messehallen geplant und gebaut wurden. Wissen Sie, wer da noch im Aufsichtsrat gegessen hat? Dort saß auch Herr Alfred von Oppenheim, damals Präsident der IHK. Die riesigen Verluste beim Bau der Messehallen, beim Umbau der Rheinhallen und die Vermietung an RTL und Talanx bekommen jetzt ein anderes Gesicht; die Akteure sind entlarvt. [...]

Herr Oberbürgermeister, Ihnen wurde ja der Vorwurf gemacht, Sie seien der Statthalter. [...] Haben Sie eigentlich nie etwas bemerkt? Sie wurden nach Bietmann Vorsitzender des Verwaltungsrates der Sparkasse. Unter Ihren Augen hat Herr Schröder den Beratervertrag mit Bietmann geschlossen. Sie aber haben nichts bemerkt. Warum haben Sie nicht gefragt? Wenn man in den Ausschüssen und Gremien nicht fragt, erhält man auch keine Antwort.“

Das System Klüngel

Claus Ludwig antwortete dem FDP-Fraktionsvorsitzenden Sterck:

„Die eigentlichen Profiteure dieses Politikerkaufs, die Hintermänner, die Auftraggeber tauchen in der öffentlichen Debatte nicht auf. Herr Sterck hat eben gesagt: Die Stadt ist zur Beute von Politikern geworden. Herr Sterck, das stimmt nicht ganz. Die Stadt ist zur Beute geworden, aber die Politiker, von denen Sie hier sprechen, sind nur die Jagdhunde, die die Beute treiben. Die Jagdgesellschaft sitzt in den Etagen von Banken und Konzernen, sie sitzt bei den privaten Investoren von Oppenheim Esch. [] Das sind die Leute, die letztendlich davon profitieren, und nicht die kleinen Lichter, die mitgeholfen haben, diese Maßnahmen hier durchzusetzen.“

Deswegen sagen wir: Es geht nicht um Einzelne. Das ganze System der Geheimverträge, der mangelnden Transparenz, der Einflussnahme, der hin- und hergeschobenen Gelder öffentlicher Unternehmen muss aufgebrochen werden. Alle Verträge gehören auf den Tisch.“

Jörg Detjen

Wo bleibt unser Geld?

Köln transparenter und demokratischer machen

Die städtischen Beteiligungsunternehmen stellen wichtige Dienstleistungen zur Verfügung. Sie erwirtschaften Gewinne, die in den Stadthaushalt fließen (Rheinenergie) oder im Sinne der Kölnerinnen und Kölner reinvestiert werden (GAG) oder arbeiten mit Verlust (KVB). Damit hier keine öffentlichen Mittel verschleudert werden, kontrolliert der Rat diese Unternehmen, zumindest theoretisch.

Allein 2008 sind dem Rat sechs zu meist Eilvorlagen für einen Expansionskurs der RheinEnergie, Beteiligungen und Firmenaufkäufe, vorgelegt worden. Die RheinEnergie handelt damit wie ein privates Unternehmen, denn kommunale Unternehmen sind territorial gebunden.

DIE LINKE unterstützt die kommunale Kooperation von Stadtwerken, ist aber dagegen, dass die Stadt Köln Gewinne bei den Einwohnern benachbarter Kommunen macht. Dem Antrag der LINKEN, diese Geschäfte transparenter zu gestalten, kamen die anderen Parteien nur teilweise nach. Immerhin muss dem Finanzausschuss nun jährlich berichtet werden.

Dieses Jahr startete DIE LINKE einen weiteren Versuch, Licht in das Dunkel städtischer Firmen zu bringen. In einem Antrag wurde gefordert, die Geheimhaltungspflicht für Mitglieder des Aufsichtsrates einzuschränken. Dazu sollten Sitzungen der Aufsichtsräte in einen öffentlichen und einen nichtöffentlichen Teil aufgeteilt wer-

den. Über die Tagesordnungspunkte im öffentlichen Teil sollten Presse und Öffentlichkeit frühzeitig informiert werden. Dieser Antrag ist im Finanzausschuss „versenkt“ worden, wird von der Fraktion aber in der nächsten Legislaturperiode erneut auf die Tagesordnung gesetzt.

Bei der Offenlegung und Begrenzung städtischer Managergehälter konnten wir einen Teilsieg erringen. Die anderen Parteien beugten sich dem Druck und stimmten zu, in neuen Verträgen die Offenlegung des Gehaltes zur Pflicht zu machen. Für die alten Verträge konnten wir das nicht durchsetzen. Auch bei der Forderung nach einer Deckelung der Gehälter standen wir ziemlich alleine da.

Viele Posten des städtischen Haushaltes sind Pflichtaufgaben, die bezahlt werden müssen. Über alle freiwilligen Ausgaben entscheidet der Rat. Was aber will der Kölner und die Kölnerin?

Um das zu ermitteln, hat sich DIE LINKE für die Einführung des Bürgerhaushaltes eingesetzt. Das war eine Forderung des Sozialforums 2003 gewesen. Beim ersten Verfahren konnten Ausgaben- und Sparvorschläge für den Bereich Sport, Straßen/ Wege/ Plätze und Grünflächen abge-

geben werden. Die jeweils 100 Vorschläge, die die meiste Zustimmung bekamen, sollten umgesetzt werden.

Im Oktober 2007 hatten 11.000 Personen 5.000 Vorschläge gemacht bzw. über diese abgestimmt. Inzwischen werden die Vorschläge mit 8 Mio. Euro jährlich abgearbeitet.

Nun muss daran gearbeitet werden, Gruppen stärker einzubeziehen, die bisher unterrepräsentiert waren, z. B. Migranten oder alte Menschen. Derzeit werden die ersten Vorbereitungen für den zweiten Bürgerhaushalt 2010 vorbereitet, der zusätzlich die Bereiche Kultur, Bildung/Schule und Umweltschutz umfassen soll.

Jörg Detjen



Wer in den Rat gewählt wird, auf den kommen vielfältige und anspruchsvolle Aufgaben zu, die fünf Jahre lang neben Beruf, Familie und persönlichen Beziehungen erledigt werden müssen. Mitglieder des Rates sind oft in zwei Ausschüssen und eventuell einem Aufsichtsrat. Auch die kommende Fraktion DIE LINKE. Köln möchte nicht nur mitreden, sondern im Sinne ihres Kommunalwahlprogramms Entscheidendes für die Kölner Bürgerinnen und Bürger erreichen. Das bedeutet viel Arbeit.

Für die Sitzungen müssen die Akten gelesen werden, sonst kann man nicht kritisieren und nicht mitreden, geschweige denn mitentscheiden.

Viele Themen sind sehr vielschichtig. Wir müssen deshalb mit vielen Akteuren reden und selbst recherchieren. Jedes Ratsmitglied sollte in einem der Arbeitskreise mitarbeiten, die der Fraktion angeschlossen sind. Hier werden wichtige Vorlagen der kommenden Sitzungen besprochen und Ideen für Anträge oder Anfragen entwickelt.

Wie funktioniert Kommunalpolitik? Ein persönlicher Rück- und Vorausblick

Wenn wir unsere Vorstellungen im Wahlprogramm umsetzen und in Köln etwas bewirken wollen, ist es notwendig, Ideen für eigene Anträge zu entwickeln. Dafür müssen wir uns Mehrheiten suchen. Deshalb bleibt uns nichts anderes übrig, als mit den anderen Parteien (außer „Pro Köln“) zu reden, zu verhandeln und zu streiten.

In dieser Wahlperiode hatten unsere Sachkundigen EinwohnerInnen in den Ausschüssen kein Stimmrecht. In einer solchen Situation ist es oft sinnvoller, Anfragen zu stellen. Wir erfüllen damit den wichtigen Auftrag der Politik, die Verwaltung zu kontrollieren. Außerdem erhalten wir so häufig genaue Auskunft darüber, wie in bestimmten Bereichen Verfahren ablaufen (müssten). Auf diese Weise erhalten Kölnerinnen und Kölner in wichtigen Bereichen wie z.B. Hartz IV wichtige Informationen und Rechtssicherheit.

Der Mittwochskreis war bisher – und das hat sich bewährt – für alle Mitglieder des Rates, der Ausschüsse und der Bezirksvertretungen ein absolutes Muss. Hier versammeln sich alle Akteure der Kommunalpolitik der Partei, sie informieren sich gegenseitig – viele Vorlagen werden in verschiedenen Ausschüssen, BV's und dem Rat behandelt – und diskutieren über die verschiedenen Themen. In strittigen Fragen war in dieser Legislaturperiode der Mittwochskreis das entscheidende Beschlussgremium.

Eine der wichtigsten Stützen unserer Arbeit ist eine enge Zusammenarbeit mit Initiativen. Hier finden wir oft großes Fachwissen, jahrzehntelange Erfahrung und konkrete Antworten auf unsere Fragen. Außerdem erfahren wir hier, wo der Schuh drückt.

Michael Kellner

Städtische Arbeitsplätze statt Hartz IV

Vor Jahren gliederten viele Kommunen städtische Dienstleistungen aus und ließen sie von privaten Unternehmen erledigen. Dieser Trend ist inzwischen rückläufig. Weniger spektakulär – aber doch mit durchschlagender Wirkung – werden heute oft nur einzelne fachspezifische Aufgaben ausgliedert. Wenn die Kommune sich ganz ihrer Verantwortung entziehen will, überträgt sie hoheitliche Aufgaben, z. B. beim U-Bahn-Bau Aufsichtsaufgaben an die KVB. DIE LINKE hat beide Trends immer kritisiert. Durch den Einsturz des Kölner Stadtarchivs beginnt gerade eine neue Diskussion darum.

In der vergangenen Legislaturperiode hat die Fraktion festgestellt, dass die Zahl städtischer Ausbildungsplätze bis 2005 rückläufig war. Durch die Mitwahl eines SPD-Stadtdirektors musste Rot-Grün einem Antrag der LINKEN zustimmen. Er sah vor, zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen und eine feste Ausbildungsquote von 6 % für die Stadt Köln zu verankern.

2007 gab es dadurch insgesamt 264 Ausbildungsplätze mehr als im Vorjahr bei der Stadt. Diese Lehrstellen waren 4,7 Mio. Euro wert. Der große Erfolg gelang auch deshalb, weil die Fraktion in einer öffentlichen Kampagne mit Jugendorganisationen aus dem gewerkschaftlichen und politischen Spektrum zusammenarbeitete.

Bei den städtischen Beteiligungsunternehmen dagegen konnte die Ausbildungsquote nicht durchgesetzt werden. Zwar wurden ein paar Ausbildungsplätze mehr geschaffen, trotzdem lag die Quote unter 5 %.

In den Haushaltsberatungen 2007 wandte sich die Fraktion entschieden gegen die vom Kienbaum-Gutachten vorgeschlagenen Personaleinsparungen und lehnte den Haushalt ab. Einige Stellenkürzungen wurden rückgängig gemacht. Das Kienbaumgutachten erwies sich als Flop.

Eine Privatisierung der Sargträger auf den städtischen Friedhöfen konnte die Fraktion verhindern. Sie enthüllte, dass das Friedhofsamt ohne Rücksprache mit dem Stadtdirektor und dem Personalrat eine Privatisierung plante.

2007 wurden die städtischen Senioreneinrichtungen gegen die Stimmen der LINKEN in „Sozial-Betriebe Köln gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung - SBK gGmbH“ umgewandelt. Dabei wurde schon deutlich, dass zukünftig bei den Personalkosten eingespart werden sollte. Nachdem die Geschäftsleitung nach Rücksprache mit OB Schramma eine Verwal-

tungsvorlage vorlegte, die die Ausgründung einer Service-Gesellschaft mit einem eigenen Tarifvertrag vorsah, kritisierte die Fraktion in den Medien diesen Vorstoß. Faktisch wäre das auf zwei unterschiedliche Tarifverträge bei den Sozialbetrieben hinausgelaufen. Verdi schaltete sich ebenfalls ein. Nachdem die Vorlage im Stadtrat dreimal auf der Tagesordnung stand, wurde sie end-



gültig zurückgezogen. Das war ein wichtiger Sieg.

Der Geschäftsführer der SBK Ludorf kündigte kurz darauf die Mitgliedschaft im Kommunalen Arbeitgeberverband auf. DIE LINKE versuchte zweimal durch Ratsanträge das zu verhindern. Doch alle anderen Parteien unterstützten das Vorgehen Ludorfs. Grünen-Fraktionschefin Moritz wies darauf hin, dass es eine Tariflohnabsenkungen geben „muss“.

(Ratsprotokoll, 30.6.2009, Seite 52)

Auch beim Streik der städtischen Kita-Beschäftigten stand die Fraktion auf Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Fraktion beantragte dazu, dass die Stadt Köln die Tarifforderungen der Erzieherinnen und Erzieher unterstützt und gegebenenfalls auch dann erfüllt, wenn der Kommunale Arbeitgeberverband das nicht tut. Inzwischen ist der Arbeitskampf durch eine Einigung der Tarifparteien beendet.

Aktuelles Beispiel in der Auseinandersetzung um die 1-Euro-Jobs sind die Aufräumarbeiten beim Kölner Stadt-Archiv. Die Fraktion verlangte in einem Antrag, keine 1-Euro-Jobs einzusetzen. Zunächst hat eine private Personaldienstleistungsfirma 50 Arbeiter und Arbeiterinnen mit Vermittlungsgutscheinen für drei Monate im Internet gesucht. Der Lohn sollte etwa 7,50 Euro pro Tag betragen. Geht man von einem Betrag von 2000 Euro für einen Vermittlungsgutschein aus, abrechenbar nach einem Monat Anstellung, ist klar, wie unverschämte hoch der Gewinn für diese Firma gewesen wäre. Nach einem Anruf be-

kam die Firma kalte Füße und zog ihre Stellenanzeige zurück. Wer diese Firma beauftragt hat, war leider nicht zu ermitteln.

Die in der Presse erwähnten und bereits arbeitenden Ein-Euro-Kräfte wurden nach unseren Recherchen zunächst offensichtlich direkt vom Kulturamt bei der ARGE beantragt, ohne dass die Zustimmung des Personalrates vorlag. Wenn dem so war, wurde das übliche Prozedere umgangen. Zwischenzeitlich ist das Verfahren aber offensichtlich angelaufen, und der Personalrat hat zugestimmt. Allerdings hat er deutlich gemacht, dass das Ende der Arbeiten absehbar ist und die Zustimmung nur bis Ende März 2010 gegeben. Zu diesem Zeitpunkt wird sich die Frage nach einer tariflichen Anstellung neu stellen. Die Fraktion DIE LINKE. Köln wird bei ihrer Forderung nach tariflich abgesicherten befristeten Arbeitsplätzen im Zusammenhang mit dem eingestürzten Archiv bleiben.

Im Laufe des Jahres 2007 haben wir im Zusammenhang mit der Initiative „Neue Arbeit Köln“ versucht, die 1-Euro-Jobs wirksam zu bekämpfen und haben den Vorschlag unterbreitet, nur sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse einzugehen. Damit konnten wir uns aber nicht durchsetzen. SPD und Grünen verteidigen bis heute diese unwürdige Form der Beschäftigung. Stattdessen fordert DIE LINKE auch auf einem Plakat: Gute Arbeit statt Hartz IV!

Jörg Detjen



Arbeitsplätze und Einkommen verteidigen

Die LINKE hat einige Initiativen zur Verteidigung von Arbeitsplätzen ergriffen. Dabei gerieten wir oft in Widerspruch zu allen etablierten Kräften.

Eine Resolution zum Erhalt der Kölner Niederlassung des Landesbetriebs Straßenbau im August 2006 wurde noch zusammen mit SPD und Grünen beschlossen, die wegen ihrer Opposition zur Landesregierung gegen deren Maßnahme protestierten.

Unser Antrag vom Juni 2009, die Stadt Köln solle sich zur Verantwortung für den Erhalt der bedrohten Arbeitsplätze beim Zement-Anlagenbauer KHD Humboldt-Wedag bekennen, wurde hingegen von allen Etablierten abgelehnt.

Die Parteien, die bundesweit Hunderte Milliarden für den „Banken-Schutzschirm“ bewilligt und die Sparkasse Köln-Bonn mit 350 Millionen Euro öffentlicher Gelder stützen, lehnten es ab, über einen „Schutzschirm“ für die Belegschaft überhaupt nachzudenken und hielten es nicht einmal für nötig, zum Thema zu sprechen.

Wirtschaftsdezernent Walter-Borjahn empfahl stattdessen, so seine Worte, auf den „Strohalm“ bzw. die „vage Hoffnung“

zu setzen, dass der mögliche Käufer, der indische Konzern McNally, nicht nur ein Investitionsobjekt suche, sondern tatsächlich einen Produktionsstandort in Deutschland aufrecht erhalten wolle.

Ein Strohalm hilft den Kollegen nicht weiter. Humboldt-Wedag war in den letzten Jahren eine hoch profitable Geldanlage für den Private Equity Fonds Mass Financial. Jetzt droht durch die Krise eine Verringerung der Profite und Mass Financial möchte aussteigen. Solange Finanzinvestoren das Sagen haben, gibt es keine Garantien für den Erhalt von Jobs und Arbeitsbedingungen.

Ebenfalls im Juni 2009 stellten wir eine Anfrage zum verstärkten Praktikanten-Einsatz und dessen Auswirkungen auf die regulären Beschäftigungsverhältnisse bei Kötter Airport Security am Flughafen. Beschäftigte hatten die LINKE kontaktiert und um Hilfe beim Kampf gegen Lohndumping und Arbeitsverdichtung gebeten.

Die Verwaltung stellte sich allerdings dumm und beantwortete die Anfrage über die Verstrickung der ARGE in die Praktikanten-Ausbeutung bei Kötter nur mit Allgemeinplätzen. So wurde behauptet, die ARGE würde nur eine Ausbildung finanzieren, wenn mit „an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit“ ein fester Job die Folge wäre, es würde auch nur ausgebildet, wenn es nicht genug schon Ausgebildete gäbe. Die Verwaltung war aber nicht in der Lage oder willens zu beschreiben, wie die ARGE das kontrolliert.

Der LINKEN liegen Zahlen vor, dass in 2009 weniger als die Hälfte der Praktikanten eine Anstellung bekommen hat.

Aufgrund der Nicht-Beantwortung unserer Anfrage werden wir die Fragen wiederholen und ergänzen, um weiter zu bohren und zu klären, ob die ARGE mit unseren Geldern, mit Steuergeldern, Lohndumping und Vernichtung von regulären Arbeitsplätzen betreibt. *Claus Ludwig*



Bäder verteidigt – bis jetzt

Die LINKE setzte sich von Beginn an für den Erhalt aller Bäder ein. SPD und Grüne legten im Frühjahr 2007 ihre Schließungspläne auf Eis, zu groß war der Druck geworden. Mit den Stimmen der LINKEN wurde im Rat beschlossen, die Planungen der Bäder GmbH zu überprüfen.

Gerettet waren die Bäder durch diesen Aufschub noch lange nicht. Das gesamte Jahr über waren LINKE-Mitglieder vor allem in Nippes auf der Straße, sammelten zusammen mit den SchwimmerInnen rund 9.000 Unterschriften, führten mehrere Demonstrationen und Proteste durch.

Im Dezember 2007 beschloss der Rat schließlich, die Bäder bis mindestens 2011 zu betreiben, die Entwicklung des Programms „Schwimmen macht Schule“ abzuwarten und erst einmal die neuen Bäder Ossendorfbad und Lentstraße in Betrieb zu nehmen. Die LINKE stimmte für diesen Beschluss, weil damit ein erster Erfolg im Kampf um die Rettung der Bäder festgeschrieben wurde. Wir wiesen allerdings auch darauf hin, dass dies nur eine „Rettung zweiter Klasse“ sei, denn noch immer schwebte die Drohung der Schließung über den Bädern.

Eine grundlegende Renovierung wurde verschoben. Die Wochenendöffnung für die Öffentlichkeit des reinen „Gruppenba-

des“ in Nippes wurde zwar im Ratsbeschluss als Ziel beschrieben, dies wurde allerdings nur vage formuliert.

Ein erneuter Antrag der LINKEN vom Dezember 2008, endlich den vorherigen Ratsbeschluss vollständig umzusetzen, Wochenendöffnung und Renovierung im Frühjahr 2009 zu starten, wurde von SPD, Grüne, CDU und FDP abgelehnt.

Auch 20 Monate später ist nicht viel geschehen. Die NutzerInnen fühlen sich bezüglich der Reparaturen hingehalten. Erst kurz vor den Wahlen, in den Sommerferien 2009, wurde im Nippes-Bad die Renovierung der Fenster in Angriff genommen.

Die SchwimmerInnen in Nippes sind weiter aktiv und führten im Juni eine Protestversammlung durch, zu der sie alle Ratsparteien mit Ausnahme der Rechtsextremen eingeladen hatten. Die „Rundschau“ berichtete unter der treffenden Überschrift „Die Zukunft bleibt ungewiss“ über diese Versammlung. Das linke Ratsmitglied Claus Ludwig kommentierte die Äußerungen der bürgerlichen Politiker, die angeblich alle das Bad erhalten, aber sich nicht festlegen wollen: „Man könnte sagen: Super, alle wollen das Bad. Aber nach wie vor gilt, dass seine Zukunft nach der Wahl bedroht ist.“

Die Bürgerinnen und Bürger müssen weiter Druck machen, für den Erhalt der Bäder kämpfen. Die LINKE wird dies weiterhin in den Veedeln und im Rat unterstützen. *Claus Ludwig*

Die Kölnbäder GmbH hatte Anfang 2007 beschlossen, die Stadtteil-Bäder in Nippes, Rodenkirchen und Weiden zu schließen. Der Protest begann in Rodenkirchen, es wurden Proteste vor dem Rathaus und Unterschriften-Sammlungen organisiert. In Weiden wurde das dortige „Bürger Netzwerk“ aktiv, in Nippes kam es, angestoßen von Mitgliedern der LINKEN, zur Gründung der Initiative „Bäder für Alle“, die vor allem von den sehr aktiven „GesundheitsschwimmerInnen“ getragen wurde.

CDU und FDP versuchten auf den Protestzug aufzuspringen und forderten den Erhalt des Rodenkirchen-Bades, weil sie im etwas wohlhabenderen Stadtteil ihr „Klientel“ wähten. Das Nippes-Bad war ihnen egal.